

Die „Weltmacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und in durch die Expedition, Neue Graupenzstr. 1/2 durch die Post und durch Volleposten zu beziehen. Preis vierteljährlich 1.00, pro Woche 30 Pf. Verlagsanstalt Nr. 7348.

Volkswacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Subscriptionsgebühr beträgt für die vierteljährliche Zeit für den Raum 20 Pfennige, für Postzeitung und Beilage 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 201

Freitag, den 28. August 1896.

7. Jahrgang.

Der herrschenden Gesellschaft Verhängnis.

Es sind erst wenige Jahrzehnte verstrichen, seit das Genossenschaftswesen, das sowohl eine Frucht sozialistischer Anschauungsweise, wie in seiner gegenwärtigen Entfaltung ein Vorläufer sozialistischer Wirtschaftsgestaltung ist, sich auf dem Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens einzubürgern angefangen hat.

In der Theorie hat es schon jetzt überall gefregt, und ist über jede irgendwo noch bestehende wirtschaftliche Anordnung erhaben. Könnte man doch erst in letzter Zeit in einer Reihe eines preussischen Regierungspräsidenten, die für die Handwerkerkreise des Regierungsbezirks Erfurt bestimmt war, das lebhafteste Bedauern ausgedrückt finden, daß es bei den Beteiligten vielfach noch an dem nötigen Verständnis für die Bedeutung und den Nutzen des genossenschaftlichen Zusammenchlusses und an der Neigung zu selbstständigem Vorgehen auf genossenschaftlichem Gebiet fehlte. Und schloß sich doch an diese Bedauern die Erklärung, daß es zunächst darauf ankomme, Interesse für das Genossenschaftswesen überall zu wecken und geeignete Persönlichkeiten zu gewinnen, die durch Beträge und in sonst geeigneter Weise wirken und die erforderlichen Anleitungen zur Begründung von Genossenschaften geben können.

Aus dieser regierungseitigen Anerkennung geht den Thatsachen entsprechend hervor, daß die Praxis hinter der Theorie noch weit zurückgeblieben ist. Aber wenn auch die Handwerker in Deutschland noch auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens wenig geleistet und für dasselbe wenig Verständnis gezeigt haben, — ein Umstand, der zum Teil daher rührt, daß das deutsche Handwerk fast in allen seinen Zweigen schon viel zu tief heruntergekommen und selbst durch genossenschaftlichen Zusammenbruch nicht mehr vor der Vernichtung durch die Konkurrenz des Großbetriebs zu retten ist, — so ist auf einem anderen Wirtschaftsbetriebe in Deutschland dafür ein desto kräftigeres und vielgestaltigeres Genossenschaftswesen aufgeblüht, wo man es noch vor einem Menschenalter am allerwenigsten gedeihen zu sehen geglaubt hätte.

Es ist das die deutsche Landwirtschaft, deren vielfach klagte Nothlage sowohl die Landwirthe selbst, wie die Staatsregierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Behörden dazu veranlaßt hat, Alles, was landwirtschaftlichen Unternehmungen Nutzen bringen kann, anzubieten, um den Kleinbetrieb vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren, wie es die Kleinbetriebe auf dem Gebiete der Industrie und zum Theil auch des Handels, bereits erlitten hat.

Freilich ist dabei nicht zu vergessen, daß der Staat gegenüber der Landwirtschaft noch ein ganz besonderes Interesse hat, ihr wichtig mit seinen Hilfsmitteln beizuhelfen und vor drohender Vernichtung der Kleinbetriebe durch überwachenden Großbetrieb, soweit es eben gehen wollte, Einhalt zu gebieten.

Es ist ja doch allgemein bekannt und auch tausend Mal von allen Seiten hervorgehoben worden, daß das flache Land dem Staate die Rekruten für das stehende Heer zu liefern hat und zwar diejenigen Rekruten, deren große Zahl, kräftige Häute und geringe Geistesentwicklung dazu angethan sind,

die Monarchie und wenigstens die obersten Schichten der herrschenden Gesellschaft zu schützen gegen die Socialdemokratie und die keillos gestürzte Socialrevolution.

Um die Landwirtschaft zu retten und den Bauernstand zu erhalten, befreundet man sich schließlich sogar wohl oder übel mit dem wegen seiner Stammverwandtschaft mit der Socialrevolution so lange verpönten Genossenschaftswesen und siehe da, wo ihm die Bahn der Entwicklung geöffnet wurde und wo sich noch wirtschaftlich nicht ganz schwache Einzelbetriebe vorfinden und zusammenschauerten, wie es der Fall war auf dem Gebiete der deutschen Landwirtschaft, da gedieh es in überraschender Weise.

Das hat sich noch niemals so deutlich gezeigt, als auf dem allgemeinen Vereinstag der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, der sieben Monate lang in Stettin abgehalten worden ist.

Der Geschäftsbericht, welchen der Anwalt der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Kreisrath Haas aus Offenbach a. M., erstattete, constatirt, daß die Gesamtzahl aller Genossenschaften in Deutschland, die bereits im Vorjahre die Zahl 11,000 erreicht hatte, in diesem einen letzten Jahre auf 13,000 angewachsen ist. Unter denselben haben die städtischen Genossenschaften nur unerheblich zugenommen; neu entstanden sind fast nur Arbeiter-Consumvereine. Die weit überwiegende Mehrzahl der neu hinzugekommenen wird gebildet von den eingetragenen landwirtschaftlichen Genossenschaften, von denen es jetzt nicht weniger als 8966 gibt. Es bestehen 36 Revisionsverbände landwirtschaftlicher Genossenschaften, 11 Provinzialbelehungsweiser Landesverbände und ein für verschiedene Landschaften in ganz Deutschland centralisirter Verband. Daneben giebt es 34 Centralgenossenschaften für Credit, Einkauf und Verkauf; von diesen gehören 20 dem allgemeinen Verbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften an. Zwölf von denselben sind Centralbanken (Banker), 13 Centralverkaufsgenossenschaften, 5 Central-Butter-Verkaufsgenossenschaften, 1785 Spar- und Darlehnsvereine, 1076 Bewegungvereine, 707 Molkereien, im Ganzen im allgemeinen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbande 8633 vereinigte Genossenschaften.

Der Umsatz, den die Centralbanken im Jahre 1895 aufzuweisen hatten, belief sich auf 92 Millionen Mark. Mit diesen Erträgen steht der allgemeine Verband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, mit Recht konnte das Kreisrath Haas am Schluß seiner Ausführungen hervorheben, an der Spitze der deutschen Genossenschaftsbewegung. Sein Einfluß sei ständig im Wachsen begriffen, er gehe einer schönen Zukunft entgegen.

Wir sind derselben Ansicht. Der allgemeine Verband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften umfaßt jetzt schon nahezu die Hälfte aller Landwirtschaftsgenossenschaften. Es liegt kein Grund vor, weshalb er nicht in naher Zukunft ihre Gesammtheit in sich vereinigen soll. Und es liegt eben so wenig ein Grund vor, weshalb nicht der weitestgehende Theil der deutschen Landwirtschaftsbetriebe sich in Genossenschaften organisiren und im allgemeinen Verbands zu einer einzigen, wenn auch immer noch nur theilweisen Wirtschaftsgemeinschaft zusammenschließen sollte.

Gewiß ist das eine große Zukunft! Aber eine solche Landwirtschaftsorganisation kann auch in allgemein cultureller

Beziehung nicht ohne weittragende Folgen bleiben. Der anticollectivistische Bauernschädel geht an den Mauern des Genossenschaftswesens unfehlbar in die Brüche. Alle die Landwirthe, welche sich genossenschaftlich zusammenschauerten, werden durch ihre genossenschaftliche Wirksamkeit mit einem vollen Tropfen socialistischen Oels gesalbt. Sie werden befreit aus der Vereinzelung, ihr Geist wird herausgewaschen aus der Verbannung ihres engen Bauerndaseins auf den weiten Plan gemeinschaftlichen Wirkens in der Genossenschaft. Sie werden genöthigt, sich und ihren Kindern Wissen zu erwerben, wogegen sie wollen oder nicht. Es benützt sich ihrer allgemach eine Welt über ihren gegenwärtigen Geisteshorizont hinausreichende Geistesbildung, und es weitet sich dadurch auch ihr politisches Begriffswesen so, daß sie bald nicht mehr daran denken werden, willenlose Werkzeuge zu sein für die obersten Jehntausend.

Diese sagen an dem Aste, auf dem sie sitzen, indem sie die Genossenschaftsbewegung innerhalb der deutschen Landwirtschaft fördern.

Politische Rundschau.

Zur angekündigten Reform des Militärstrafverfahrens wird der „Zeitg.“ aus Berlin geschrieben:

„Das Vertrauen zu dem Bestande und der Leistungsfähigkeit unserer Regierung ist durch die Vorkommnisse der letzten Zeit selbst in den Kreisen befestigt worden, die bisher durch die und durch sich mit der Regierung einverstanden erklärten. Daß die Ankündigung im „Reichsanzeiger“, daß im Herbst dem Bundesrath eine Vorlage wegen Aenderung des Militärstrafverfahrens zugehen werde, selbst in national-liberalen Kreisen skeptisch aufgenommen wird, diese Erscheinung genügt, um zu zeigen, wie verstimmt und unzufrieden die ordnungsliebenden Parteien mit ihrer Regierung sind. Wasser auf die Mühle der Socialdemokratie waren alle jene anlässlich der Entlassung des Kriegsministers auftauchenden kritischen Stimmen aus lammfrommen Bourgeoisentzügen über Regierung und Nebenregierungen. Was wir kaum andeuten durften, ist aus Anlaß des Falles Schellendorf drastisch und mit der nöthigen Nabelschneiderei zum Ausdruck gekommen. Nicht umsonst arbeitete der „Reichsanzeiger“ mit Hochdruck und suchte Wasser ins Feuer zu gießen. Vergebens. Die Verwirrung und das Nebeneinander in den leitenden Kreisen konnte durch Worte nicht mehr weggelugnet werden. Auch die neueste Ankündigung findet ungläubige Hörer: Die Hofstadt hat sich wohl, allein es fehlt der Glaube. Die „Nationalzeitung“ will zwar die Ankündigung als eine Bürgschaft für die Verhütung heftiger neuer Krisen annehmen, aber der in Aussicht gestellte Entwurf werde sich erst beurtheilen lassen, wenn man seinen Wortlaut kenne. Noch skeptischer lassen sich die „Neuesten Nachrichten“ aus: „Ob der Entwurf, von dem Fürst Hohenlohe am 18. Mai sprach, mit dem Entwurf identisch ist, den der „Reichsanzeiger“ jetzt ankündigt, wußt dahin gestellt bleiben.“ So sprechen sich Blätter aus, die sonst mit blindem Vertrauen der Regierung Beifall klatschen, die aber angesichts der augenblicklichen Zerfahrenheit, der Plöthlichkeit des neuesten Kurzes kopfschüttelnd geworden sind. Man wird wohl nicht unrecht gehen,

Lene.

Roman von Nicolaus Krauß.

311

Die rothen Dächer leuchteten, die Fenster glänzten, und wenn die Sonne auf die weißen Wände fiel, glitzerten ein wenig die Augen weh. Welches Bild mußte das erst im Sommer geben, wenn die Wärme des großen Obigartens, der sich hinter dem Hofe angeschlossen, sich kelaubten, und die Kronen der alten Eichen rauschten, die ihn umsäumten. Lene saate zu und zog ein. Die Bäuerin stand ungefähr in demselben Alter wie ihr Mann, Anfang der Dreißiger. Drei Kinder waren da und der frühere Besitzer des Hofes, der Vater der Bäuerin, ein alter hochgewachsener Mann, der sich noch „egerlandrisch“ trug. Er aß mit seinen Kindern an einem Tisch, spielte mit den Sackeln, mischte sich aber mit keinem Wort in die Wirtschaft. Von den sechs Diensthöten war jeder tüchtig in seiner Art, vollauf befähigt, seine Stelle auszufüllen. Die Kleinmagd hätte in den meisten anderen Höfen eine Großmagd machen können.

Lene erkannte bald, weshalb der Bauer am Bühl so tüchtige Diensthöten hatte. Der Lohn war nicht größer wie anderswo; hundert Gulden für den Großknecht, sechzig für die Großmagd. Aber jeder konnte jeder Zeit den verdienten Theil abheben, sobald er das Geld brauchte. Die Bäuerin tschte selbst. Nicht nach der alten Manier, die zwar nicht mit den Zuthaten sparte, auf die Zubereitung der Speisen aber so gut wie kein Gewicht legte. Im Streicher-Hof war das gebadene Knödel noch handhoch gemacht worden, und wenn man es auseinanderchnitt, sah es innen grün und grau aus. Am Bühl wurde eine Platte voll mehr zugelegt, das Knödel war dünn, vollständig durchgebacken und selbst an den breiten Seiten knuspertig. An den meisten

Zagen der Woche kam Fleisch auf den Tisch, Fleisch von den Schweinen, die man selbst geschlachtet, das man eingesalzen und dann geräuchert hatte. Wenn die Diensthöten auch an einem besonderen Tisch aßen, eigene Speiten wurden für sie nur in den seltensten Fällen zubereitet, der Bauer aß das selbe wie sein Knecht, nur seine Fleischportion war etwas größer, und an den Abenden, an denen er zu Hause blieb, trank er ein Glas Bier, das aus dem Keller geholt wurde.

Lene fühlte sich wohl in der neuen Umgebung. Ihr Bett stand, wie das der anderen Diensthöten, hinter einem besonderen Verschlag; wenn gerade einmal nichts zu thun war, sah es die Bäuerin gern, wenn sich die Mägde in der großen Stube aufhielten und für sich rühten und strickten. Jeden Abend bestimmte der Bauer, nachdem er die Meinung des Großknechts und wohl auch die des Tagelöhners eingeholt, was am anderen Tage zu geschehen habe. Selten fiel ein größeres Wort, zu einem Streit zwischen dem Diensthöten und den Arbeitern oder den Diensthöten unter einander kam es nie.

Am meisten interessirte Lene der Hünerhof. Es war zu possirlich, wie sich die Truthühner blähten, wie die zierlichen Perlhühner hin- und herschritten. Das Gackern der Brahma- und Cochinchina-Hühner klang wie das Klackern der großen Kuhhellen. Dann die waischenden, schnatternden Enten, die ernstlichen, gravitätischen Gänse und die beiden prachtvollen Pfauen!

Nur die Döfen gehörten der rothen Egerländer Platte an; die zog am besten. Im Kuhstall standen neben Mägden Simmenthaler und Oldenburger. Die einen gaben viel Milch, die anderen weniger, aber fettreichere. Die meisten Kälber wurden „weggehungen“ und nach einem oder in und einem halben Jahre als Jungvieh verkauft. Zwei Paar „große“ Döfen folgten ihnen jedes Jahr auf dem

Markt. Hinter den Kühen hatte ein kleiner lustiger Giel seinen Stall. Lene wußte Anfangs nicht, zu was der dienen sollte. Da spannte ihn der Bauer eines Tages vor einen kleinen Kastenwagen und zeigte der Magd, wie man ihn das Geschirr überlegen und wie man mit ihm fahren mußte. Am andern Morgen wurden die großen Milchkannen mit den eigentümlichen Deckelverschlüssen auf den Wagen gehoben, Lene sprang auf den Boden, ergriff die Bügel und kutschte zum Hofe hinaus.

Als sie durch den schwarzen Rathhansbogen auf den Egerer Marktplatz einbog, erhob der Giel ein Geschrei, daß alles zusammenlief und zu laden begann.

„Holla! die Hülbauerische ist da! Wer gute Milch haben will, soll sich tummeln!“

Lene hatte bald verkauft. Der größte Theil ihrer Waare war vorausbelehrt, sie fuhr vor die betreffenden Häuser, lieferte ab und nahm neue Bestellungen entgegen. Fieln diese besonders groß aus, dann mußte am Nachmittag die Kleinmagd noch einmal mit dem Karre nach der Stadt.

Am zehn, spätestens elf Uhr war Lene schon wieder zu Hause und konnte sich verschlafen bis zum Mittagessen. Im Streicher Hof war noch mit hölzernen Pfägen gesädet worden, wenn auch die Schare „englische“ waren. Der Bauer am Bühl hatte nur eiserne. Auf kleinen Käubern liefen sie und mit einem leichten Druck der Hand waren sie zu regieren. Die Wagen hatten Züge, die wie Messer einschlugen, auch sie waren bis auf die Gant habe von Eisen. Beim Säen war Lene so gut wie überflüssig. Das besorgte eine Maschine viel schneller und gleichmäßiger; nur sah man dort, wo sie hing, keine richtigen Beete und Jurden mehr, sondern nur leichte Hirnen. Beim Schöpfelstein gingen die Pfägen einher und waren in eine Halb-

wenn man die „beruhigenden“ Erklärungen des Reichs-
angelegers damit motiviert, daß ausläßlich des Starenbesuches
die Regierung das Bedürfnis fühle, sich seine Stärke offiziell
quittieren zu lassen. Der Vergleich, daß unsere Regierung
sich fremdlichen Zuständen nähere, eine parlamentarische Re-
gierung sogar vorzuziehen sei, hat sogleich Anklang in der aus-
ländischen Presse, speciell auch der russischen, gefunden, daß
man bei uns beruhigende Erklärungen für nötig halten
müßte. Daß durch Erklärungen und für den Augenblick ge-
schaffene Situationen die vorhandene Widerprüch- und
Gegensätze in den oberen Kreisen unserer Regierung nicht ge-
wunden sind, darüber kann kaum ein Zweifel aufkommen, und
die dürfen Recht haben, die in der Beseitigung der jetzigen
Reise nur eine Vertagung bis nach dem Czarenbesuche in
Deutschland erblicken. Für uns Socialdemokraten ist diese
Ungeklärtheit und Unsicherheit in der Regierung ein nicht zu
unterbindender Bundesgenosse, der dem Volke den blinden
Glauben an die Autorität und die Allmacht alles dessen,
was sich Regierung nennt, ohne unser Zutun in glücklichster
Weise benimmt.

— Recht interessante Prozesse in Sachen
des neuesten Colonialskandals stehen in Aussicht.
Wegen der von der „Berliner Volks-Ztg.“ und der „Refer-
enz-Zeitung“ gegen den Vorstand der deutsch-ost-
afrikanischen Plantagen-Gesellschaft, ins-
besondere gegen deren ersten Director, den Dr. Schröder,
veröffentlichten Entlassung eines ehemaligen Beamten der
Gesellschaft ist von der Plantagen-Gesellschaft sowohl gegen den
Gesellschafter, wie gegen die von ihm bedienten Zeitungen
Strafaufrag wegen angeblicher Verleumdung
gestellt worden. Die Herren Götter des zu fünfzehn Jahren
Zuchthaus verurtheilten Klases Schröder wollen ja
hoch hinaus. Sie gerathliche Behandlung dürfte aber Be-
ruhm in ihren Reim gießen. Die „Volks-Ztg.“ erklärt, daß
Herr Götter, den die Gesellschaft für den Gewürzmann hielt,
ihre unbekannt ist und auch sie dem Prozesse ruhig ent-
gegensteht.

— Die Peterseliquie ist unermüdetlich in der
Bekämpfung des Colonialdirectors Kapler. Jetzt will sie
berausgefunden haben, daß unter Genosse, der verstorbenen
socialdemokratische Abgeordnete Max Kapler, ein Bruder
des Colonialdirectors war und sich daraus, wie die „Rhina-
Westf. Ztg.“ wissen will, eine gewisse Geringschätzung zwischen
Herrn Nebel und dem Colonialdirector erkläre. Der Colonial-
Kapler ist kein Bruder, aber ein Vetter unseres
verstorbenen Genossen.

— Centrum ist Trumpf. Das Centrum sagt
das und läßt es auch die Organe der protestantischen
Orthodoxie fühlen, so sehr diese sich auch bereit erklären, mit
den Ultramontanen Hand in Hand zu gehen, um dem Volke
die Religion zu erhalten und die Schule der Kirche vollends
auszuliefern. Alle diese Liebesthätigkeiten haben jedoch
auf nichts weniger als Entgegenkommen. Die Ultramontanen
fühlen es, daß sie doch noch etwas ganz anderes sind, als
diese protestantischen Pfaffen, die ihre Communen von dem
Lohnschweiß bekomen und denen der oberste Bischof
Centuren über ihr Wohlverhalten entbehrt. Deshalb Centrum,
der es jetzt gebracht hat, eine ganze canonische Synode
gegen sich aufzubringen, füttert sich wohl, mit der katholischen
Kirche anzubinden und kirchliche Telegramme gegen die
katholische Kirche zu richten. Der „Katholik“ jagt über
die Angriffe der „Katholischen Volks-Zeitung“. So sehr das
orthodox-katholische Blatt sich bemüht, recht viel Gemeinames
zwischen sich und den Katholiken anzuerkennen, so sehr werben
ihm dies auf katholischer Seite unmisslich gemacht, indem
man nicht einmal die protestantische Seite anerkennt und
Frauen, die in Wirtshäusern mit Deutschen leben, sich werben
als Männer und Kinder hinstellen, die canonische Kirche als
verdammte Ketzerei, als Quelle der Revolution wie der Sitten-
losigkeit, die Reformen als verwerfliche, unethische Ent-
schüder. Und diese für die Protestanten bis ins tiefste der
verleumdende Stellung habe die katholische Kirche in der letzten
Zeit stetig verschärft. Aber alle diese Angriffe können das

protestantische, glaubensfremde Blatt nicht abhalten, sein
Lieberwerben beim Centrum fortzusetzen und zu verstärken.
Das verdient gewiß Fußtritte und diese bleiben auch nicht
aus.

— In der Dienstags-Sitzung der
48. Generalversammlung der Katholiken
Deutschlands ist, wie einem aus Dortmund zu-
gehenden Bericht zu entnehmen, abermals in Neben und Be-
schlüssen viel geleistet worden. Confessorialrath und Abge-
ordneter Dr. Porch (Dreslau) verlangte, daß die
Richter und Rechtsanwälte dem Freimaurertrüdel fernblieben
und Prälat Dr. Hülskamp (Küniger i. W.) stellte als
Grundfatz auf, daß die katholischen Blätter die Verpflichtung
haben, vor unsittlichen Büchern, Zeitschriften und ebensolchen
Schaustellungen zu warnen.

Wenn man die alte Litanei von der Wiederherstellung
des päpstlichen Regiments in Rom wieder aufs Tapet.
Graf Hompich begründete einen diesbezüglichen frommen
Wunsch. Aus der Scharfenkammer wurde bei Erörterung
des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch die alte Schurre wieder
hergegeholt, daß die Gesechsburg über die Gleichstellung
und Eheberathung nur der Kirche zusteht und der Staat Vor-
schriften über sie nicht anders als im Einverständnis mit der
Kirche treffen darf.

Bezüglich des Duells wurde der gestern mit-
getragener Antrag angenommen. Bei Erörterung des Themas „Katho-
liche Literatur und Presse“ witterte Rector Dr. Guppert
(Penzance) sehr verständlich gegen die sogenannten unpartei-
lichen Blätter und sehr pathetisch gegen die moderne Literatur.
Die Zeit sei jetzt für die Katholiken gekommen, um die
literarische Schlacht zu schlagen. Zum, zum. Sehr lang
war eine Rede, die der Vortragsende des aus dem Weinebe-
weises gegen unsere braven Parteigenossen bekannten Ge-
werksvereins der Christen Bergleute, der Hermann Bruhl
hielt. Die Arbeiter sollten sich frei organisiren, natürlich
unter Aufsicht katholischer Geistlicher, die sociale Gesetzgebung
sei noch nicht ausgeübt und die Frau gehöre ins Haus.
Diese von reitgemäßen und kirchlichen Anschauungen erfüllte
Rede klang aus in den folgenden Schär Thomas-Puff:

Er habe die Ueberzeugung, daß in nicht allzulanger Zeit
die große Mehrheit der deutschen Arbeiter der Fahne des
Christenthums folgen und das Hauptleit (H) der Fahne
des Unkrautes, der Jahre von Weibel und Liebnecht folge,
immer mehr zusammenschmelzen werde.

Amer kriegerischer Bergmann!

— Zur Beschlagnahme des Liedes „Noch
ist Polen nicht verloren“ meidet das Berliner
Nationalblatt, daß es sich nicht um das bekannte polnische
Nationallied, sondern um eine socialdemokratische
Umdichtung handelt. Die Beschlagnahme sei erfolgt auf
Grund des § 130 des Strafgesetzbuchs, der die „öffentliche
Anreizung“ verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalt-
thatigkeiten gegenseitig mit Strafe bedroht. Das Lied
sei schon vor Jahren in der in Berlin erscheinenden „Sociale-
redaktion“ (Abhandlung) abgedruckt worden; die An-
reizung der Bevölkerung sei wiederholt von Schlesien aus
erfolgt, wo es als Schlagwort und verbreitet worden sei.
Speziell Bezug für das Lied; es sei mit der Angelegenheit
zu befehlen, daß die vollständige Beschlagnahme einiger histo-
rischen Kopien des Liedes, die sich an 200 Exemplare social-
demokratische Propaganda in Berlin verstreut. Welcher
Bischof die Beschlagnahme!

„Noch ist Polen nicht verloren“. Noch der
vorliegenden Stellung des „Berliner Nationalblatt“ ist der
Wortlaut des Liedes des polnischen Liedes „Jeszcze
Polska nie ginie“ (Noch ist Polen nicht verloren) durch
das Nationalblatt in Berlin I. Bd. 126, folgendermaßen
lautend:

„Auf den Kampf der kühnen Soldaten
die Beschlagnahme des Liedes „Jeszcze Polska nie ginie“ (Noch
ist Polen nicht verloren) auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuchs
vom 1. März 1871. Die Beschlagnahme erfolgte auf
Antrag des k. k. Staatsanwalts in Berlin, den 1. März 1896.

Frühe die ganze und vollständige Stellen in gleichen
Fällen. Warten sie mit dem Felde hart, wurde der Hing
angebracht und das Bett von der Schaar wieder zugeworfen,
die Arbeit war getan.

Nach wie hatte Seite eine so schnelle Frühjahrsbehandlung
unterlieh. Jedem Abend hatte der Bauer: „Was ich
worum mit dem dem Stroh zu Erde leit, ist doch
Vieltheil hat sich das, wie ich weiß. Aber ich will
gute Arbeit thun.“

Und er ging selbst hinter dem Hügel, zog mit der
Schindel die Reiserhaken und Reiserhaken, wußte und
wußte der Dingerfall und der Samen und sah nach dem
Gespinnst, der sich in einer Eile des Semelgutes er-
gab. Die Dingerhaken war angeschlossen, das Land
auf die Seite geschoben, damit es nicht hinderte. Dem
Arbeiter der Junge ging verloren, sie wurde vom Zeit zu
Zeit in ein großes Feld gepflanzt und auf die Reiser ge-
fahren. Immer wieder mußte sich Lene des verdächtigsten
Straßenspiels erinnern. Denn sie die hohen hüftigen
Ställe heranzog, deren Gemäße mit Stämmen lagerten,
die kleineren Trümpfe, die aus Grasen waren, wie der
große Reisertrag am Hande des jungeren Hügel, in den der
Reiserhaken immer wieder Stroh gab. Dem Hügel
hieß die Lene und Mutter der Reiser erpant, für die er im
Jahr vorher. Die Reiser schienen aus Stroh, die man
auf der Reiser gepflanzte, und auf der einen Hand eine
Lene-Reiser geschene, die wie ein Ungeheuer war.

„In der Strohreihe hatte der Bauer die Reiser auf
den von Lene-Reiser gepflanzten Hügel, in welchen sie
überwachen hielten, aber sie in Reiser und Reiser mit dem
Gespinnst und zwei Reiser nach Spinnung und Spinnung,
um sie zu verbinden.“

Der Bauer am Hügel hatte sich nur Frühjahrsfeld.
Denn bei den ersten Reiser die Hügel erpant zu blühen
begannen, fand er oder sein Gespinnst schon mit einem
Reiser nach Reiser auf dem ersten Reiserhaken, und
verstand darauf, daß man dem Reiser, nach dem Hügel
schickte, wie man es wußte. Er sah die ersten Reiser
auf dem Hügel stehen, hatte er mehrere andere. Dann
hat er nach der Reiserhaken gegen und hatte sich für
Er und Reiserhaken in seinen Reiserhaken, die
waren dort gut und hübsch. Die Reiser er auch mehr, als
er konnte, legte sie er und machte er ihnen im Früh-
jahr nach einem guten Schritt. Die Hügel wurden im
Jahr nicht nicht bewegt. In dieser Reiserhaken hält es
der Bauer mit den ersten Reiserhaken, die der Reiserhaken
waren, vom Reiserhaken wurde man Reiserhaken, und er
behalten.

Der alte Bauer führte ein ruhiges, stille Leben, das
er nur noch von der Reiserhaken Reiserhaken. Die Reiser-
haken haben ihn gut, wenn er in einem Reiserhaken Ge-
spinnst an die Hügel hinter geschoben hat, einem von
ihnen auf die Hügel trug und zu ihm sprach in seiner
langsam, mehrsprachigen Reiser:

„Gib, Reiser, wie immer Samen ist es dem Stroh
Reiser, Reiser. Dem Reiser hat er dem Samen am Hand,
und er Reiser am Hügel. Dem Stroh hat er ein Reiserhaken
mit. Die Reiser Reiser! — U p! Reiser Reiser
Reiser! — Erpant, er, Reiser Reiser Reiserhaken. Ich will
Reiser Reiser — so Reiser Reiser Reiserhaken —
Reiser Reiser Reiserhaken hat er alle. Reiser, er Reiser Reiser
Reiser, er Reiser Reiserhaken, wie Reiser Reiser, aber Reiserhaken
Reiser Reiser. Er, wie Reiser Reiser Reiserhaken, er Reiser
Reiserhaken Reiser Reiser.“

Wiederherstellung eines selbstständigen polnischen Reiches enthält,
und somit, da die national-polnische Agitation hierfür auch einen
Theil des preussischen Staates reclamirt, eine Klasse der Bevölke-
rung des deutschen Reiches zu Gewaltthatigkeiten gegen die
anderen öffentlich anreizt.“

Damit würde die Annahme eines Berliner Blattes, es
habe sich bei der Verfassung nicht um das Nationallied selbst,
sondern um eine „socialdemokratische Umdichtung“ gehandelt,
nicht in Einklang zu bringen sein.

— Die Herren Bäckermeister, die vor Kurzem
in Breslau tagten und über alles Mögliche, über Social-
demokraten, Minister und Geheimräthe, über Normalarbeits-
tag, Sonntagsruhe, Consumvereine und noch Einiges mehr
schimpften, haben es mit den Frommen aller Richtungen ver-
schüttet, weil sie ihre eigene Frömmigkeit in einem allerdings
etwas merkwürdigen Lichte erscheinen ließen. Die „Krenz-
Zeitung“ liest ihren biederen Schülern folgendermaßen
den Text:

„Die Bäcker nützen ihrer Sache wirklich nicht, wenn sie in
so ernsten Fragen Wortführer haben, wie die Bäckermeister
Manegold und Gemeinhardt. Wenn Herr Manegold meint, daß
ein Bäcker am Sonntage auch wohl verkaufen dürfe, weil ja
auch die Prediger des Sonntags durch Taufen und Trauungen
„Geschäfte machen“, so übertrumpft er in dieser Art, die Dinge
darzustellen, fast noch socialdemokratische Agitatoren. Und Herr
Gemeinhardt, der seine Eigenschaft als Kirchenältester betont,
verklagt die Synoden, deren Beschlüssen der Staat in der
Sonntagsruhe erst gefolgt sei; zum Schluß legt er aber folgere-
des Glaubensbekenntnis statt des apostolischen ab: „Auch wir
sind religiöse Christen. Wir tragen aber das Christenthum in
unseren Herzen und sind der Meinung, daß wir auch in Gottes
freier Natur Gott verehren können. Es entspricht nicht dem
Geiste der christlichen Religion, den Sonntag dadurch zu heiligen,
daß man Hunderte von ebrlichen und arbeitamen Existenzen
ruiniert und die Schulleute anweist, dahin zu wirken, daß die
Meister von ihren Vätern denuncit werden.“ Wenn Herr
Gemeinhardt so sehr für die Gottesverehrung „in freier Natur“
ist, dann bietet sich in bei der jetzigen Sonntagsruhe ja die
beste Gelegenheit dazu. Würde aber die Sonntagsruhe abgeschafft,
dann wäre den Bäckern ja auch dieser „Gottesdienst“, für den
Herr Gemeinhardt so sehr schwärmt, verschlossen. Wir glauben,
daß es den Handwerkern bei vielen ernsten Leuten sehr schadet,
wenn sie sich auf solchen faulen Pferden ertappen lassen. Die
Meister sollen ja auch Lehrlinge ausbilden, und der Breslauer
Bäckertag hat noch so eben beschlossen, daß das Recht, Beschlinge
zu halten, nur den Meistern zuerkannt werden solle, welche eine
Gesellen- und Meisterprüfung abgelegt hätten. Da wird man
sich doch fragen müssen, ob ein Lehrling bei Meistern gut auf-
gehoben ist, die so über Religion denken, selbst wenn sie eine
Gesellen- und Meisterprüfung abgelegt haben.“

Die ultramontane „Köln. Volksztg.“ meint, man hätte
in Breslau manchmal glauben können, sich in einer man-
chesterlichen Musterversammlung zu befinden.
Die reichen Berliner Bäckermeister, welche überall zu finden
sind, wo man „eine Ruppe riechen“ kann, hätten auch in
Breslau das große Wort geführt und das Ihrige gethan,
um die gute Handwerksfrage zu discutiren. „Was soll
denn das Geschrei über die „unerböhten Eingriffe in die
persönliche Freiheit“? Besteht nicht die ganze Gewerbeord-
nung aus Eingriffen in die persönliche Freiheit und gilt
bajfelte nicht auch von der jetzigen Organisationsvorlage,
welche die Bäcker gutheissen? Wenn sie aber zu ihren Gunsten
die Beschädigung Anderer in der Freiheit verlargen, müssen
sie auch nöthigenfalls eine Beschränkung ihrer eigenen Frei-
heit sich gefallen lassen.“ Gegenüber den Bemerkungen, welche
in Breslau über die Sonntagsruhe gefallen sind, möchte die
„Köln. Volksztg.“ vorschlagen, daß in der Hand-
werkervorlage auch eine geistliche Auf-
sichtsinstitution geschaffen wird, welche im Stande
wäre, die jungen Lehrlinge und Gesellen vor dem ver-
zögernden Einfluß ihrer Meister zu hüten.
Man müsse rufen: Wist über einen solchen Ver-
band, so ist bei demselben stellerweise eine Selbstsucht
und Kleinheit des Gesichtskreises, gepaart mit Geschäftigkeit
und trivialen Scherzen, zu Tage getreten, daß jeder Unbe-
fangene den ungünstigsten Eindruck erhalten muß.“

— Gottes Lohn für die Lehrerarbeit,
— Gehaltserhöhung für die Geistlichen.
Man schreibt der Berliner „Volks-Zeitung“:

Der Weihbischof Schmitz aus Köln war neulich in
Köln anwesend und wurde von den dortigen katholischen

„a Gatharich kann ich“, warf einmal die Lene ein.
„Sua! — Sua! — Sua! — So muß aber icho a
stomalis Mann san — Ra na — Er soll ja da
dreden, wo Du aufwachst'n bist, Giat san — Wennst
a mal ja ihm kunnst, ihou ihn ja schöin gräß'n von
mir.“

Denn es das Wetter halbwegs erlaubte, ging der alte
Bauer am Nachmittag nach Oberleuth zum Bier. Mit
einigen anderen Alten, die Auszügler waren wie er, setzte er
sich an einen Tisch zusammen, plauderte und trank seine
stark Halbe. „O, wenn der Discurs gar zu schön war,
wurde es auch eine mehr. Dann stolperte der Alte auf dem
Heimwege. Damit er bei so einer Gelegenheit nicht in den
Reiß falle, muß ihn jeden Tag jemand aus dem Hofe ab-
holen. Früher war das ein Recht gewesen. Als die Lene
einpa, warf der alte Bauer sein Auge auf sie. Die Tochter
des Bauers hatte überhaupt Stüd — mit alten Leuten
und Amern. Ob es das ruhige, verständige Gebraun, ob
es das offene braune Auge und das erst schöne Gesicht war,
das ihr das Vertrauen erwarb, darüber wußten wohl weder
sie noch die anderen im Erst sich Redenshaft zu geben.
Ein sonderbares Paar war es ja, das da vor dem
Dämmern die Wiesen hinauffährt und vorfichtig über den
spinnwebigen Schmalweg fustelte. Und man, einer von
denjenigen, die mit ihrer Arbeit nicht fertig wurden, und
wenn sie bis Mitternacht auf dem Felde blieben, lachte
ihnen nach:

„Ra ja! Die Große vom Hügel-Bauer is a Abgeimte.
Er gang an Allen hat sie sich aufg'ucht, der keine großen
Sprünge mehr machen kann.“

Lehrern in üblicher Weise begründet. Dafür gelobte der geistliche Herr die Lehrer durch eine längere Rede aus, in welcher er auf die Würde des Lehrerberufes hinwies. Er sagte unter anderem:

„Dieser Lohn (der Segen Gottes) für Ihre treue Arbeit wird Ihnen nicht fehlen, wenn auch der Lohn der Welt fehlen sollte. Dazu ist ja der Lehrerstand viel zu hoch, als daß er ausgelohnt werden könnte mit den Pfennigen einer armelig rechnenden Welt.“

So der Herr Weihbischof. Mit dieser Anschauung reinit sich sehr schlecht das Drängen der ultramontanen Presse auf endliche Gleichstellung der Gehälter der katholischen — Geistlichen mit denen der evangelischen Geistlichen. Was die Arbeit der Geistlichen anbetrifft, so scheint sie demnach „mit den Pfennigen einer armelig rechnenden Welt“ ganz gut ausgelohnt werden zu können. Allerdings ist die schlecht bezahlte Lehrarbeit zumeist viel anstrengender und schwerer, als die Arbeit der Geistlichen. Uebrigens bezeichnet die „Chronik der christlichen Welt“ folgende Nachrichten:

„Die längst geplante Aufbesserung der Gehälter der Geistlichen in der preussischen Landeskirche auf den Höchstfuß von 4500 Mk. scheint nunmehr ernstlich beabsichtigt. Der evangelische Oberkirchenrat hat zur Gewinnung der nötigen Unterlagen von den Consistorien eingehende Nachweisungen über die Gehaltsverhältnisse der Geistlichen auf den einzelnen Altersstufen eingefordert.“

Es kann sich hier nur um die Geistlichen handeln, die vom Staat unmittelbar angestellt werden. Denn für die übrigen Geistlichen bestimmen die Gemeinden die Höhe des Gehalts. Wie, wenn nun die Gemeinden, mit dem Weihbischof Schmitz auf den Standpunkt stellen, daß der Geistlichenstand „hoch siehe, als daß er ausgelohnt werden könnte mit den Pfennigen einer armelig rechnenden Welt“??

Die Unzufriedenheit mit der Zuckerneuerungnovelle ergreift jetzt mehr und mehr auch die landwirtschaftlichen Kreise. Im landwirtschaftlichen Verein der Kreise Bitterfeld und Delitzsch hielt Dr. Kunze einen Vortrag, in welchem er das Gesetz als für Industrie und Landwirtschaft verderblich bezeichnete, da mit demselben nur die Ueberproduktion gesücht worden sei und in Folge dessen die Zuckerpreise noch mehr fallen würden. Es beschloß darnach der Verein, an die Ministerien eine Resolution einzusenden, damit mit Oesterreich und Frankreich schnell Schritte gethan werden, um die Zuckerprämien nach und nach vollständig zu beseitigen.

Sehr beachtlich ist folgende der „Frankf. Zig.“ aus Berlin zugegangene Mitteilung:

„Eine anderweitige Regelung der landespolizeilichen Ueberwachung der Industriebezirke namentlich des rheinisch-westfälischen, tritt mit dem 1. October d. J. in Wirksamkeit. Es werden nämlich besondere Bezirkscommissare angestellt, die nicht dem Landrath, sondern dem Regierungspräsidenten unterstellt sind. Für Rheinland und Westfalen werden beratende Commissare angestellt in Dortmund, Bochum, Hagen, Essen, Duisburg und Düsseldorf. Der Minister geht dabei anscheinend von dem Wunsche aus, über alle Vorkommnisse in den industriellen Bezirken möglichst rasch unterrichtet zu sein.“

Ohne Zweifel handelt es sich um einen „verbesserten“ Polizeidienst, speciell in Rücksicht auf die Arbeiterbewegung.

Ein südwestdeutscher „Handwerkerstag“ hat am Sonntag in Heidelberg stattgefunden. Nach den vorliegenden Zeitungsberichten waren etwa 100 Delegirte erschienen. Es handelte sich lediglich um eine künstlerische Demonstration, die nicht Anspruch darauf machen kann, als im Namen „des Handwerks“ geschehen zu sein. Den einzigen Verhandlungsgegenstand bildete die Organisation des Handwerks auf Grund der neuesten Vorlage der preussischen Regierung. Als Referenten traten auf Nagler-München und Schuhmachermeister Schmidt-Rarlsruhe. Nach fünfständiger Debatte wurden zwei Resolutionen zu Gunsten der Zwangsorganisation des Handwerks nahezu einstimmig angenommen. Die Resolution eines Herrn aus Cannstatt, der angeblich 2500 Handwerksmeister vertrat, und sich nur für Errichtung von Handwerkskammern aussprach, zum preussischen Entwurf aber ablehnend verhielt, wurde mit jener Abstimmung erledigt. In der endlosen Debatte klarg, und zwar besonders in der Begründung der Resolution, ein ziemlich starker Antisemitismus durch. Die Vorlage sei nur eine Abzugszahlung, und zwar das Inkament, auf dem mit rastlosem Eifer weiter gearbeitet werden müßte. Der Umstand, daß die Resolutionen auf dem südwestdeutschen Handwerkerstag, der von Baiern, Hessen, Elsaß-Lothringen, Württemberg und Baden beschickt sei, fast einstimmig angenommen worden sei, werde hoffentlich die süddeutschen Bundesstaaten veranlassen, sich zu der preussischen Vorlage freundlich zu stellen.

Oesterreich-Ungarn.

Das Herrenhaus hat in dem Steuerreform-Gesetz die Paragrafen über die Deffentlichkeit der Einkommensteuer-Register genehmigt, weshalb die Vorlage nochmals vor das Abgeordnetenhaus gelangen muß.

Serbien.

Eine Verschwörung in Serbien! Aus Köln meldet in Privattelegramm:

Der Belgrader Correspondent der „Kölnischen Zeitung“ meldet bezüglich der Nachricht, der Generaladjutant des serbischen Königs, Oberst Tschirits, sei auf Befehl des Königs plötzlich seines Postens enthoben worden: man sei dahinter gekommen, daß Tschirits an einer von Milan geleiteten Verschwörung gegen den König theilgenommen habe. Der Plan bezweckte, den König mit Hilfe einiger höheren Offiziere zu entthronen und Milan abermals zum Könige auszurufen. Tschirits habe bereits lange eine zweideutige Rolle gespielt; er habe zeitweise auf den König einen fast verächtlichen Einfluß ausgeübt.

Die Giarzett der Presse ist so über, sonst wäre diese Berichtswirrwahrgedichte ein paßter Stoff für einen humoristischen Adreßkisten.

Belgien.

Ein Bruber Krieg ist im Lager der belgischen Clerikalen ausgebrochen. Die Heeresreformfrage, die Colonialfrage, die Frage der

Arbeitergesetzgebung über eine sehr zersetzende Wirkung auf die bisher so einig ultramontane Partei in Belgien, die nunmehr das ungewohnte Schauspiel bietet, daß sich die einflussreichsten Parteiblätter zur großen Freude der Opposition in den Haaren liegen. Bürgerliche Zeitschriften sind her durchaus begründeten Ansicht, daß die nächste Folge dieser Vorgänge und der daran sich knüpfenden heftigen Pressefehde sich schon in der Thatfache kundgibt, daß sich die Spaltung im Lager der clerikalen Parlamentsmehrheit bei Beginn der nächsten Kammertagung auch formell vollziehen wird. „Die katholisch-demokratischen Abgeordneten, etwa zehn an der Zahl, werden nämlich aus der clerikalen Partei austreten und eine besondere Kammergruppe bilden. Die ultramontane Partei kann zwar diese Erschöpfung ertragen, man darf aber nicht vergessen, daß die verhängnisvolle Spaltung der liberalen Partei vor zehn Jahren unter ganz ähnlichen Erscheinungen erfolgte. Die radikale Gruppe bestand ursprünglich nur aus einigen wenigen Mitgliedern, was sie aber nicht verhinderte, die liberale Regierungspartei zu sprengen. Zweifellos steht dem Ultramontanismus das gleiche Schicksal bevor, wenn er auch heute noch in Belgien mit großem Nachdruck aufzutreten vermag.“

Rußland.

Von dem „Moskauer Arbeiterbund“ geht dem „Vorwärts“ folgende Mittheilung zu:

Der Petersburger Streik fand einen Widerhall in Moskau. Im Juni fand hier eine Reihe von Zusammenkünften von Arbeitern statt, an welchen einige hundert Arbeiter theilgenommen waren. Es wurde beschlossen, die Petersburger Arbeiter zu unterstützen. Man schickte Geld nach Petersburg. Es begannen Streiks auf der Smolensker Eisenbahn, auf der Fabrik von Perenud, die Fabrik von Griflar erhob sich, es waren bereit sich zu erheben die Zementwerke Marus-cur und die Fabrik von Gushon. Die Forderungen der Arbeiter wurden aber auf Befehl des Departements der Polizei sofort beseitigt. Den größten Erfolg hatte der Streik der Arbeiter auf der Moskauer-Kurischen Eisenbahn. Den 3. (15) Juli stellten auf derselben mehr als 1000 Mann die Arbeit ein. Ihre Forderungen waren Bezahlung für die Arbeitsstunde und für den Tag der Einweihung des kaiserlichen Eisenbahnzuges. Erhöhung der Lohnsätze und Bekämpfung einer ganzen Reihe von Mißbräuchen, welche seitens der Meister getrieben wurden. Alle Forderungen der Arbeiter, selbst ihre Forderung, ihnen das Geld für den Tag des Streiks zu bezahlen, wurden sofort bewilligt.

Zu gleicher Zeit mit den Streiks begannen aber auch Massenverhaftungen unter den Arbeitern. Das Arbeitercomitee hielt es daher nicht für angebracht, weitere Streiks zu provociren. Der Arbeiterbund hat aber seine Thätigkeit nicht eingestellt, die Rasse des Burdes functionirt und Auftrufe erscheinen weiter.

Es steht fest, daß die Streiks in Petersburg und Moskau der Regierung einen großen Schaden eingezogen haben. Das Polizeidepartement hat den Befehl gegeben, überall Massenverhaftungen vorzunehmen. Leider ist auch die Buchdruckerei der Anhänger der „Narodnaja Wolja“ (in welcher in der letzten Zeit mehrere socialdemokratische Schriften gedruckt wurden) in die Hände der Polizei gerathen. In Nischny Nowgorod sind wegen einer Zusammenkunft zweihundert Mann verhaftet worden, aber Auftrufe erscheinen auch dort weiter.

Es wird überall erwartet, daß bald ein Gesetz erlassen wird, durch welches der Normalarbeitstag eingeführt wird.

Sien.

Li-Hung-Tschang hat vor seiner Abreise von Europa in der „Times“ sein Herz ausschüttet, und trotz aller vom Chinesen unextrordnlichen Höflichkeit klingt durch diese Aeußerung eine bemerkenswerthe Unzufriedenheit über den Erfolg seiner Sendung hindurch. Da wird zum ersten Mal klipp und klar ausgesprochen, daß seine Rundreise durch Europa keinerlei anderen Zweck hatte als den, die Einwilligung der Mächte zu einer Erhöhung der chinesischen Seezölle von 5 auf 8 Procent vom Werthe ohne irgend welches Zugeständniß von seiner Seite zu erwirken.

Das war sein Auftrag, und der ehemalige Vizekönig und jetzige Großsecretär fürchtet offenbar für sein Ansehen und seinen Einfluß das Schlimmste, wenn er nach Peking zurückkehrt, ohne ihn erfüllt zu haben. Sein Vertrauensmann in der „Times“ bemerkt ausdrücklich: „Li-Hung-Tschang rechnete zweifellos darauf, daß er, wenn er mit der Zustimmung Lord Salisburys nach Peking zurückkehrte, an Reichthum und Macht ungeheurer gewinnen werde, und angesichts des mächtigen Einflusses, gegen den er zu kämpfen hat, und des Mangels irgendwelcher Unterstützung außerhalb seines Namens in Europa durchaus nothwendig, daß er, wenn sein Wert geringen sei, von denen gefördert wird, die aus dem Gelingen seines Werkes Vortheil ziehen müssen.“ Li-Hung-Tschang wußte sehr gut, daß in dieser Frage die Entscheidung der englischen Regierung ausschlaggebend sei, daß alle anderen Mächte nachfolgen würden, wenn erst England die Erhöhung der Zölle zuerkennen habe. Aber Englands Minister reagirten nicht, und so zieht der Träger der gelben Jacke mit leeren Händen nach Peking.

Partei-Angelegenheiten.

Die von Genossen Dr. Quard angeregte Discussion über die Thätigkeit der Gewerkschaften hat zu einem unangenehmen Zwischenfalle geführt. Der Streit zwischen Quard einerseits, der Redaction des „Vorwärts“ und einem ihrer Mitarbeiter andererseits hat sich persönlich zugespielt. Das „Lichtenhager Abendblatt“, unser drittes vom Abg. Genossen Ulrich herausgegebenes Wochenschriftchen, veröffentlichte dieser Tage einen Artikel. Darin wußte es unter Verhöhnung der Thatfache, daß Genosse Liebknecht (der auf Agitation in Offenbach ist) von Berlin während dieser Streittagungen abwesend sei, daß eine öffentliche Aufforderung Quards, ihm den Verfasser zweier britnigten gegen ihn gerichteten „Vorwärts“-artikel zu nennen und Beweise für die darin aufge-

stellten Behauptungen zu erbringen, vom „Vorwärts“ nicht getrachtet worden sei. Wiedergegeben waren in dem Artikel des „Offenbacher Abendblattes“ Quards Aufforderung und die Antwort des Genossen Braun vom „Vorwärts“, worin er den Abdruck ablehnte, weil die Erklärung „in Ton und Inhalt durchaus unangemessen“ sei. Die Aufforderung Quards sprach von „der unwürdigen und ungeschicklichen Weise“, in der der „Vorwärts“, in Abwesenheit Liebknechts die Polemik gegen ihn (Quard) geführt habe, in der Absicht, ihn „als Parteigenossen zu verächtlichen und herunterzusetzen“. Nunmehr veröffentlicht der „Vorwärts“ das ganze Material im Wortlaut und fügt dem an, daß Quard es nicht für nöthig befunden habe, die Entscheidung des geschäftsführenden Ausschusses der Partei, die er doch angerufen hätte, abzuwarten, daß ferner ein anständiges Blatt die Verfasser von Artikeln nicht nenne, daß endlich der ebenfalls von Berlin zur Zeit abwesende Verfasser des Artikels Quard nach Rede und Antwort stehen werde. Die Redaction des „Vorwärts“ sei der Ueberzeugung, daß der Genosse Quard noch Vieles an sich habe vom socialen Reformen, der er noch vor Kurzem gewesen sei und daß er im besonderen des richtigen für einen Socialdemokraten schicklichen Tactgefühles ermangele.

Daran schließt sich folgende Erklärung der Redaction des „Vorwärts“:

Daß Dr. Quard auch bei dieser Gelegenheit seiner Gewohnheit treu bleibt und sich hinter Autoritäten — in diesem Falle hinter Genossen Liebknecht — zu verstecken sucht, kann uns nach den gemachten Erfahrungen nicht weiter überraschen. Ungewöhnlich erscheint uns dagegen das Verhalten des Genossen Liebknecht, der als Chefredacteur des „Vorwärts“ seine Zustimmung zu einer derartigen Anrede seiner Kollegen gegeben haben soll. Genosse Liebknecht ist seit Wochen in Erfüllung von Pflichten, die in Folge seiner Stellung in der Partei auf ihm lasten, gezwungen, von hier ferne zu weilen. Die Redaction des „Vorwärts“ wird, in Uebereinstimmung mit einem Beschlusse der Parteileitung, wie sich das bei einem socialdemokratischen Blatte von selbst versteht, collegial durch die Gesamtheit der Redactoren geführt und bei etwa auftauchenden Meinungsdivergenzen wird die Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß herbeigeführt. Im Falle Quard war letzteres nicht nothwendig, denn sämtliche unterzeichnete Redactoren waren in allen Phasen dieses Falles gleicher Meinung und seine Zeile in dieser Sache ist in der Presse gegangen ohne Feindschaft und Zustimmung sämtlicher Redactoren. Dieselbe Einstimmigkeit herrscht in Beziehung auf die Ablehnung der oben abgedruckten Quardschen Erklärungen.

Wenn nun Genosse Liebknecht in allen diesen Fragen der entgegengelegten Ansicht war und ist, so bedauern wir es, daß durch seine längere Abwesenheit ein persönlicher Meinungsaustrausch nicht möglich war; deshalb aber in einer Frage, welche die gesamte Partei und Gewerkschaftspresse beschäftigt, im Centralorgan der Partei keine Stellung zu nehmen oder unsere wohl erwogene Ansicht zu unterdrücken, das hielten wir für falsch und auch unseren socialdemokratischen Grundgesetzen nicht entsprechend.

Wenn, wie es nach dem Vorgehen des Genossen Liebknecht fast den Anschein hat, das Princip der Gleichberechtigung aller Redactoren, ohne welches Schaffensfreiheit und einheitliches Arbeiten unmöglich ist, in der Redaction des „Vorwärts“ in Zukunft keine Geltung mehr haben soll, also nur der Wille des Einzelnen und sei es auch der einer anerkannten Autorität, wie der des Genossen Liebknecht, allein maßgebend sein sollte, dann würden wir eine solche Stellung unserer für unwürdig erachten und unsere Aemter in die Hände der Partei zurückgeben müssen.

Die Redaction des „Vorwärts“ Adolf Braun, August Enders, August Jacobson, Hugo Poesch, Robert Schmidt, Wild, Schröder. Die Unterschrift des Redacteurs Ledebour vermissen wir in dieser Erklärung der „Vorwärts“-Redaction. Uns will im Uebrigen erscheinen, als wenn die Angelegenheit von beiden Seiten mit nicht ganz berechtigter Empfindlichkeit behandelt würde.

Die Vorworte im „Vorwärts“ sind: 1. in Nr. 193: die „Schicht socialpolitischer Reformen, aus deren Reihen Quard hervorgegangen ist und mit denen ihn heute noch mehr verbindet als persönliche Beziehungen“; 2. in Nr. 191: „Die hier und da bei Einzelnen vorhandene Unzufriedenheit mit unserer Bewegung würde aus den Reihen der Gewerkschaften verschwinden, wenn Genosse Quard und seine Freunde nicht fortgesetzt falsche Darstellungen über die Stimmung der politischen Partei den Gewerkschaften gegenüber verbreiteten.“

Nach Mittheilung des „Vorwärts“ ist der Artikel in Nr. 193 von der Gesamtreaction des „Vorwärts“ verfaßt, in Nr. 191 von dem ungenannten Mitarbeiter des „Vorwärts“.

Eine Parteiconferenz wird den 11., 12. und 13. händboerschen Reichstags-Wahlkreis tritt Sonntag, den 6. September, Morgens 11 Uhr, im Schützenhause in Osterode a. H. zusammen. Die Konferenz wird sich hauptsächlich mit der Frage des Arbeiterbundes für die Landbevölkerung, sowie mit der Pressefrage und der Stellung zum Gothaer Parteitage beschäftigen.

Die diesjährige Konferenz für den 1. weimarschen Reichstags-Wahlkreis wird Sonntag, den 6. September in Erfurt abgehalten.

Gegen den verantwortlichen Redacteur des „Volksblattes für Halle“, Genossen Mannigell, sind wegen Veröffentlichung von Notizen in Sachen des Boykotts der Hülberger Wähler von der Staatsanwaltschaft schon 5 Prozesse anhängig gemacht. Die Anregung dazu hat der Director der genannten Wähler durch Stellung von Strafanträgen gegeben. Wie wir die Arbeiterpartei kennen, wird der Director durch die Prozesse das Gegentheil des beabsichtigten Zweckes erreichen. Den Wählern die geforderte Sonntagsruhe zu gewähren und ihre berechtigten Wünsche zu erfüllen, das allein kann den Frieden wieder herstellen.

Der „Offenburger Volksfreund“ bestätigt, daß der wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verhaftete Parteigenosse Sch a u in Vö r r a c h gegen Stellung von 2000 Mk. Caution aus der Haft entlassen worden ist.

Streits der Ueberführung des „Braunschweiger Volksfreundes“ in das Eigentum der dortigen socialdemokratischen Partei ist am Freitag in einer Versammlung der Parteigenossen Braunschweigs ein zwischen dem Verleger A. Günther und der Provisorium verordnetes Provisorium beschlossen worden, wonach die Provisorien die Entscheidung über Redactions- und Expeditionsangelegenheiten einschließlich der Anstellung und der Kündigung des Personals erhält, wogegen die Braunschweigische Partei sich verpflichtet finanziell für das Blatt aufzukommen und für seine Verbreitung zu agitiren. In die Provisorien dürfen keine Parteigenossen gewählt werden, die in keinerlei Weise in der Druckerei oder Zeitung beschäftigt sind. Das Provisorium hat rückwirkende Kraft bis 1. April d. J.

Arbeiterbewegung.

Die Mitglieder der Tannenberg-Bräuhaus in Köln hatten von den Meistern im Verhandlungswege die 9/10stündige Arbeitszeit und eine 10 procentige Lohnerhöhung zugestimmt bekommen. Nur ein Theil der Meister hat aber sein Versprechen freiwillig eingehalten, einige wurden durch den Streik dazu veranlaßt.

In Stolberg in der Rheinprovinz reichte der Bevollmächtigte der dortigen Filiale des Arbeiterverbandes die abgeänderte Statut dieser Organisation vorchriftsmäßig bei der Gemeindebehörde ein. Darauf wurde dem Bevollmächtigten vom Bürgermeister aufgegeben, den Nachweis zu führen, daß zu dem eingereichten Statut gemäß der Tarifstelle 25e des Stempelsteuer-Gesetzes vom 31. Juli 1895 der erforderliche Stempel von 1.50 Mark kassirt worden ist.

Diese Aufforderung hat unter den Stolberger Mitgliedern der Glasarbeiter Organisation Bestanden. Unseres Wissens

Locale Rundschau.

Breslau, den 28. August 1896.

Achtung, Parteigenossen!

Nächsten Sonntag soll eine große Hausagitation für die Verbreitung der „Volkswacht“ stattfinden. Wir ersuchen dringend alle Genossen, sich daran zu beteiligen...

Darum auf, Parteigenossen, zur Agitation für die „Volkswacht“!

Die Breslauer Festtage und die Streitbaren Samariter.

Bestimmlich hat sich in Breslau vor meh. als Jahresfrist eine Genossenschaft freiwilliger Samariter gebildet, deren Vorsitzender der vielgekannte Herr „Schablonefabrikant“ Glagau wurde. Alle Hochachtung vor Leuten, welche sich die hochherzige Aufgabe der freiwilligen Krankenpflege im Kriegesstellen...

Die eingangs erwähnte Versammlung hat es deshalb für ihre Pflicht angesehen, durch die unterzeichnete Commission diese obwaltenden Zustände endlich einmal ans Licht zu bringen...

Auf Anregung des der unterzeichneten Commission mit angehörenden Genossenschafts-Mitgliedes Breuer wurde im April vorigen Jahres hier selbst der Verein der Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger im Kriege ins Leben gerufen.

Obwohl scheinbar hierin eine günstige Acquisition zu liegen schien, aber nur für den, der sich durch Neugierlichkeiten bestechen ließ, so mußten Diejenigen, welche einen tieferen Einblick in die Verwaltung des Vereins thun konnten, leider sehr bald inne werden, das dem durchaus nicht so war.

Er wurde zu einem Concurrenz-Verein, ganz besonders aber zu einem prählischen Schamuck für den Vorsitzenden herabgewürdigt.

In einer zwecks Vereinsgründung einberufenen Versammlung in der Herr Glagau das erste Mal erschien und das Wort nahm, führte er sich gleich mit folgender Redewendung ein: „Ich bin der Schablonefabrikant Glagau, Vorsitzender der Commission zur Wahrung der Interessen hiesiger Krankenkassen und Vorsitzender der eingeschriebenen Hilfskassen.“

Offenbar wollte er doch nur auf die Versammlung Eindruck machen und ihr imponieren. Um den durch vorstehende Redeweise beabsichtigten und erstellten Eindruck zu erhöhen, prahlte er des Weiteren, daß ihm zu Vorträgen für den Verein im Ueberflusse Kerze, wie er sich wörtlich ausdrückte, „Wachsfarbe“ sei.

Die durch den derzeitigen Schriftführer, Herrn Pfeiffer, verfaßten und den Zeitungs-Redaktionen überreichten Vereinsberichte ließ sich Glagau unter Vorstellung als Vereins-Vorsitzender wiederholt von letzteren zurückgeben, um die von ihm selbst verfaßten Berichte, in denen der Name Glagau in hervorragender Weise mehrfach genannt wurde, an deren Stelle zu legen.

Eine sehr bedenkliche Annahme, fast möchte man sagen: beachtliche Freisetzung der Presse und des Publicums, liegt

unseres Erachtens in der in verschiedenen Zeitungsberichten ausgeprochenen Bezeichnung seiner Adresse als „Ober-Berwaltungsstelle“ u. s. w. u. s. w.

Soweit die Denkschrift. Wir wurden hier unwillkürlich an die letzten Wahlen erinnert, als der Einberufer einer conservativen Wahlversammlung im „weißen Stroh“ dieselbe mit folgender Anrede eröffnete: „Meine Herren! Die Versammlung ist eröffnet, ich werde mich Ihnen vorstellen, ich bin der Fabrikbesitzer S., ich bin Hausbesitzer und Stadtverordneter, ich habe schon viel für das Wohl der Arbeiter gethan, aber wir befinden uns hier im „Tigerviertel“ — und wer mich reizt, wird rausgeschmissen.“

Wie uns versichert wird, ist die Taktik des Herrn Schablonefabrikanten eine sehr ähnliche gewesen. — So noch mehr. Bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zeigte sich der Herr Schablonefabrikant als Socialistenhater erster Güte; das war einfach selbstverständlich. — Aber wie schäbe, ewig schäbe, daß die guten Leute die Denkschrift gerade jetzt veröffentlichen mußten, gerade jetzt, wo der Herr Schablonefabrikant als Vorsitzender der Genossenschaft freiwilliger Krankenpflege im Kriege eine so hervorragende Person bei der Späterbildung, wie sonstigen Vorbereitungen zu den großen Festlichkeiten bilden sollte; das ist ärgerlich!

— Ihre Auszeichnung, vielleicht sogar ein Orden würde sicherlich nicht auf sich haben warten lassen. Gestern Abend war Versammlung im „Höckerbräu“, o, wie kleinlaut war da der Herr Schablonefabrikant; ob es die letzte Versammlung war, weiß ich als Samariter leider nicht. — Hat man doch die Denkschrift dem Herrn Oberbürgermeister, dem Herrn Polizeipräsidenten, dem Herrn Fürstbischof als dem hohen Comité eingehändigt. Das ist ärgerlich, denn in der Nähe dieser Herren hätte der Herr Schablonefabrikant doch gewiß bei den Festlichkeiten sitzen können! — Der Herr Professor Dr. Kleinhuber als Protector ist gewiß schon dieser Vorkommnisse wegen dem „Höckerbräu“ gestern Abend fern geblieben. Man erzählte sich, der Herr Professor habe Erfindungen entworfen, und bleibe er nach den ihm gewordenen Mittheilungen der Versammlung fern. Wir haben nur die allgemein interessante Seite dieses Vorkommnisses beleuchtet, und müssen es uns versagen, auf die Menge weiterer Mittheilungen einzugehen, wollen nur noch erwähnen, daß der Herr Schablonefabrikant bis jetzt noch nicht, wie erwartet wurde, sein Amt freiwillig niedergelegt hat!

Zur Unterführung der Döwiger Straße. Das Polizei-Präsidium erläßt folgende Bekanntmachung: Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß im Auftrage des Herrn Regierungspräsidenten der Entwurf zur Unterführung der Döwiger Straße unter den Gleisen des Döwiger Bahnhofes behufs landespolizeilicher Prüfung vom 25. August bis 2. September d. J. im Zimmer Nr. 30/31 des Polizeidirektoriums Schuhbrücke 49 während der Dienststunden zur Einsichtnahme für die Interessenten öffentlich ausliegen wird. Zur Entgegennahme etwaiger Einwendungen gegen den Entwurf, welche schriftlich einzureichen oder zu Protokoll zu geben sind, wird ein Termin auf Mittwoch, den 2. September d. J., Vormittags 10 Uhr im Waldmannischen Restaurationlocal, Klettschauerstraße Nr. 33. (Bergkeller) anberaumt, zu welchem alle Interessenten eingeladen werden.

Portofreie Postkarten an Soldaten. Die an Soldaten gerichteten Postkarten werden von den Absendern meistens freucht, obgleich dieses überflüssig ist, da auch für Postkarten an Soldaten seit Jahren Portofreiheit besteht. Diese Postkarten müssen ebenso wie die Briefe den Vermerk: „Soldatenbrief. Eigene Angelegenheit des Empfänger“ tragen. Briefe an Soldaten kosten erst dann Porto, wenn sie über 60 Gramm wiegen. Auf die in Briefen oder unter Krautband an die Soldaten gerichteten Drucksachen (Zeitungen etc.) erstreckt sich diese Portofreiheit nicht, ebenso genießen Buchhändlerische und kaufmännische Anzeigen an die Soldaten keine Portofreiheit. Die Portovergütigungen kommen ferner für Beurlaubte Militärs und für Einjährig-Freiwillige nicht zur Anwendung.

Preisverzeichnisse. Das hiesige Polizei-Präsidium erinnert an die Polizei-Verordnung, betreffend die von den Geschäftlichen zu führenden Verzeichnisse der von ihnen gestellten Preise, vom 24. Januar 1894. Sie lautet: § 1. Jeder Gastwirt hat für jedes concurrenzartige Gastzimmer, d. h. für die zur Verbergerung der Fremden dienenden Räumlichkeiten, Verzeichnisse sämtlicher Preise der in dem Gastwirtschaftsbetriebe regelmäßig vorkommenden Leistungen (Wohnung, Beleuchtung, Heizung, gewöhnliche Bedienung etc., Kaffee und Ähnliches), dem Polizei-Präsidium in zwei gleichlautenden Exemplaren einzureichen. Die Preisangaben müssen übersichtlich, sowie in Markt und Pfennigen erfolgen. Falls bei besonderen Gelegenheiten eine Preisverhöhung eintritt, so sind sowohl diese einzelnen Gelegenheiten, als auch die Preisänderung in den Verzeichnissen bestimmt anzugeben. § 2. Das eine Exemplar der Verzeichnisse wird zurückgegeben und ist alsbald in den Geschäftsmann an augenfälliger Stelle jeder Zeit sichtbar anzubringen und dort zu belassen. § 3. Bei Minderung der Preise sind zuvor nach Maßgabe des § 1 dem Polizei-Präsidium abgeänderte Verzeichnisse einzureichen. Die polizeilich untersuchten (abgeschlossenen) abgeänderten Verzeichnisse sind nach Rückgabe alsbald nach Vorkehrung des § 2 anzubringen und die früheren Verzeichnisse zu entfernen. § 4. Verloren gegangene, schadhast oder unleserlich gewordene Verzeichnisse sind alsbald nach Maßgabe vorstehender Bestimmungen durch neue Verzeichnisse zu ersetzen. § 5. Uebertretungen dieser Polizei-Verordnung

werden mit Gelbbusse bis zu 30 Mk. und im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haftstrafe geahndet. Uebertretungen der genehmigten Lage werden nach § 148 Biffer 8 der Reichs-Gewerbe Ordnung bestraft.

Unfall. Am 27. d. Mts., Vormittags, ist in dem Krankenstift der Barmherzigen Brüder ein Hausgärtner aus Kleinburg verstorben, der am 22. d. Mts. am Schweinigen Stadtgraben von einer Droschke überfahren wurde und innere Verletzungen erlitten hatte.

Unfall. Am 27. d. Mts., Vormittags, führte in einem Neubau an der Ursulinerstraße ein Maurer im Folge Bruches einer Steife aus der Höhe eines Stodwerkes ab und erlitt eine Verletzung des rechten Beines. Der Verunglückte wurde, nachdem ihm Sanitätsmannschaften der Feuerwehr die erste Hilfe geleistet hatten, in das Allerheiligen-Hospital geschafft. — Dortselbst fand auch ein Maler Aufnahme, der auf der Michaelisstraße im Streite mißhandelt worden war und fünf Kopfwunden erlitten hatte. — Am 26. d. Mts., Vormittags, ist im Allerheiligen-Hospital das Dienstmädchen Marie Brunske von der Wallstraße verstorben, das am 25. d. Mts., Abends, in Folge Spiritusexplosion schwere Verletzungen erlitten hatte.

Unfall. Zu dem Unfall, welcher sich am 19. d. Mts. auf dem Hofe eines Hauses der Bohrauerstraße ereignete, wird uns mitgeteilt, daß der Schulknabe, dessen Kleidungsstücke Feuer fingen, auf dem Hofe gespielt hatte. Jedenfalls ist aus einem Fenster ein brennendes Strohholz geworfen worden, welches auf den Knaben fiel und seine Kleidung in Brand setzte.

Sturz in den Stadtgraben. Am 26. d. Mts., Nachmittags, stürzte ein Müller in angetrunkenem Zustande am Königsplatz in den Stadtgraben. Der Mann wurde durch zwei Arbeiter herausgeholt und in seine Wohnung auf der Kohlenstraße geschafft.

Pflichtlicher Tod. Am 27. d. M., Vormittags 12 Uhr, brach der 17 Jahre alte Gepädräger Hermann Unger vor dem Grundstück Auguststraße 7 bestimmungslos zusammen. Ein schnell herbeigerufener Arzt stellte als Todesursache Herzschlag fest. Die Leiche wurde durch die Feuerwehmannschaften auf einer Tragbahre in die elterliche Wohnung Sedanstraße 18 getragen.

Verstümmelter Einbruch. In der Nacht zum 23. d. M. wurde ein Einbruch in ein Geschäftlocal auf der Neufeststraße versucht. Der Dieb beschädigte ein Vorleschloß und verschute die Haspen aus der Thür herauszureißen, was jedoch mißlang. Der Dieb ist wahrscheinlich verschucht worden.

Taschendiebstahl. Am 24. d. Mts., Vormittags, wurde auf dem Wochenmarke des Ringes einer Arbeiterfrau von der Kohlenstraße ein Portemonnaie entwendet, welches 5 Mk. enthielt.

Festgenommen wurde eine Nästerin, die aus einer Wohnung am Behndamm 180 Mk. gestohlen hatte. — Ferner wurde in Halle a. S. der frühere Kaufmann, jetzige Agent Albert Meyer verhaftet, der sich in Breslau Cautionschwindelern hat zu Schulden kommen lassen.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 26. d. M. 43 Personen eingewiesen. — Gefundene Damenubr, eine Cigarettenschale und zwei Filzhüte. — A s h a n d e r kamen: Ein Padet, enthaltend vier Paar Damenhandschuhe, ein goldener Trauring, gez. E. S. 2. 6. 94, eine goldene Brosche, ein lebernes Armband mit einer Uhr, ein brauner Winterüberzieher, enthaltend verschiedene Schriftstücke auf den Namen Ortminig, ein hellgrauer Kragen, ein Korallenarmband und ein Maulkorb mit einer sächsischen Steuermarke. — Gestohlen wurden: Einem Feiger auf der Marktischenstraße Wäsche und Kleidungsstücke im Werthe von etwa 40 Mark.

Breslau, 27. August. Landgericht. Ferienstrafkammer. — Majestätsbeleidigungen. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde heute den Schreiber Raimund Drosche wegen Majestätsbeleidigung und vorläufiger Körperverletzung verhandelt. Termin zu dieser Verhandlung stand bereits am 1. August d. J. vor der Strafammer an. Doch wurde die Sache bezüglich dieser Anklagepunkte vertagt. Nur wegen Widerstandes, den er einem Schutzmänn bei seiner Verhaftung geleistet, wurde er damals abgeurteilt, und zwar zu einem Monat Gefängnis. Drosche kamme nach seiner Angabe aus einer rechtschaffenen Familie und war von seinem Vater zum Buchhändler bestimmt worden. Er hatte nach beendeter Lehrzeit in verschiedenen Orten Deutschlands und im Auslande recht gute Stellungen inne. Aber überall machte er sich nach kurzer Zeit durch seinen Hang zum Trunke und zu einem wüsten Leben unwohl. Er zog, als er eine Stellung nicht mehr erhalten konnte, als Vagabund im Lande herum und durchstreifte betelnd namentlich die Provinzen Brandenburg und Schlefen. Nach einer Reihe von Jahren — er war inzwischen 42 Jahre alt geworden — streckte sich eine hilfreiche Hand zur Rettung nach ihm aus. Der Kreisstaatsanwalt einer Stadt in Oberschlesien, wohin Drosche zuletzt auf seinen Verfallungen gelangt war, brauchte einen Hilfschreiber. Da der Landstreicher inständig bat, ihn doch in diese Stellung aufzunehmen, erklärte sich der Rentant nach langem Zögern dazu bereit. Drosche ward von da an — es war dies im Jahre 1883 — ein neuer Mensch und fast den festen Vorsatz, nunmehr von dem geregelten Leben nicht mehr abzuweichen. Er entjagte vor allen Dingen feierlich dem Trunke. Neun lange Jahre hielt er sein Gelöbniß. Dann aber gab ein Fest, dem er beizuohnte, die Veranlassung, daß er seinem Vorsatz untreu wurde. Bei jenem Feste war es, wo er in frohlicher Gesellschaft sich nach 9 Jahren wieder den ersten Rausch antrank. Damit erhielt der Dämon Alkohol aufs Neue die alte Gewalt über ihn. Mit dem geordneten Leben war es jetzt vorbei. Er ward wieder, was er vordem gewesen: ein Landstreicher und Bettler. Im März d. J. war er in Breslau eingezogen und hier veranlagte er in einer Restauration eine wüste Scene, in deren Verlauf er einem Gaste ein Messer an den Kopf schleuderte, eine Majestätsbeleidigung ausließ und einem zu Hilfe gerufenen Schutzmänn heftig Widerstand leistete. Wegen der Majestätsbeleidigung und der vorläufigen Körperverletzung lag er, wie eingangs erwähnt, heute vor der Ferienstrafkammer in der Anklagebank. Das Gericht setzte für jedes der beiden Delikte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten an und rebucirte die Einzelstrafen, da zusätzlich zu dem am 1. August über den Angeklagten verhängten Strafe erkannt werden mußte, auf eine Gesamtstrafe von zehn Monaten Gefängnis. — Ferner verhandelte die Ferienstrafkammer ebenfalls wegen Majestätsbeleidigung gegen den Drecksler Johann Knoll von hier und verurtheilte denselben zu zwei Monaten Gefängnis.

Provinzielle Rundschau.

Pittesbach, 26. August. Rättschlichter doppelter Todesfall. Gestern Mittag hat man hier die Deutschen Leute nach gewaltamer Deßnung in Wohnung todt in den Betten aufgefunden. Die Nachbarn wollten in der Nacht ein Klagen und Schreien gehört haben, doch sieht es noch nicht fest, auf welche Weise das Paar geendet hat.

Waldenburger. Der Gartenarbeiter B. von hier, der wegen Eitelkeitsübergehen in Haft genommen war, wurde von der Waldenburger Strafammer von dem 19m zur Last gelegt

